

Protokoll

der 17. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 3. März 2010
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.20 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nicolas Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Semra Sakar
Simon Maurer
Kurt Kneier

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes der **Umweltkommission**
anstelle des zurückgetretenen Joel Wartenweiler, SVP, **(Sitz steht CVP-Fraktion zu)**
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3881
2. Wahl eines Mitglieder der **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente**
anstelle der zurückgetretene Susanne Amrein-Fischer, CVP,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3916
3. Wahl eines Ersatzmitgliedes für die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**
anstelle des zurückgetretenen Robert Richner, FDP,

-
- | | |
|---|-------------------|
| für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) | Geschäft 3917 |
| 4. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2009 zum Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, vom 09.02.2000, betreffend Anbringen eines Fussgängerstreifens bei der Parkallee
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3217 / A |
| 5. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2009 zum Postulat von Hanspeter Frey, FDP, vom 23.10.2002 betreffend Einrichtung von Tempo 30-Zonen
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3387 / A |
| 6. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2009 zum Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 06.11.2008 betreffend Temporeduktion auf „generell 50km/h“ längs des Hegenheimermattwegs, auf der Strecke zwischen Mittlerem Steg/im Brühl und Gartenbad
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3810 / A |
| 7. Bericht des Gemeinderates vom 03.02.2010 betreffend Blockheizkraftwerk Bettenacker AG Allschwil
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli | Geschäft 3905 |
| 8. Beantwortung des Gemeinderates vom 06.01.2010 zur Interpellation von Josua M. Studer vom 14.12.2009 betreffend Zusammensetzung der Busseneinnahmen
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3912 / A |
| 9. Motion von Josua M. Studer vom 13.09.2009 betreffend Dynamische Fahrgastinformation der BVB
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt | Geschäft 3889 |
| 10. Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 17.12.2009 betreffend Kreuzung Marsstrasse / Baselmattweg
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3919 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicolas Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 17 vom 03.03.2010

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende, ich möchte die heutige Sitzung eröffnen. Wir haben den 3. März, haben aber eigentlich noch die Februar-Sitzung. Weil wir zwei Wochen Schulferien plus Fasnacht hatten, wurde diese nach hinten verschoben. Wir haben jetzt die Februar-Sitzung vom 3. März.

Ich möchte drei neue Mitglieder begrüßen, die heute frisch anfangen. Rico Canonica, wenn ich es richtig aussprechen kann, von der FDP/GLP-Fraktion, Herr Jean-Claude Bourgnon von der SP/EVP-Fraktion und Frau Eveline Roth von der CVP-Fraktion. Ich möchte alle herzlich begrüßen und wünsche einen guten Anfang.

[**Entschuldigungen/Präsenz:** siehe Protokolleingang]

Wir kommen zu den **Mitteilungen** des Präsidenten:

Ich habe hier ein Rücktrittsschreiben bekommen, nicht aus dem Einwohnerrat, sondern aus der Vormundschaftsbehörde Allschwil, von Herrn Michel Mamie, der wegen Wohnortswechsel per sofort zurücktritt, dies zu eurer Information.

An dieser Stelle möchte ich noch ganz kurz auf den Alt-Gemeinderat Heinz Giger zurückkommen. Ihr habt alle von ihm ein Schreiben bekommen. Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, ihm für seine geleistete Arbeit herzlich zu danken. Er ist diese Woche nicht da. Er ist als Koch in einem Skilager tätig diese Woche. Deshalb gibt es diese „Hintenherum-Verabschiedung“.

Dringliche Interpellationen oder Postulate:

Da ist eines eingegangen, das ganz frisch ist. Wir haben leider keine Folie dazu, deshalb lese ich es rasch vor. Es ist das Dringlichkeitspostulat der Grünen:

Verwendung der ausserordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf der Namensaktien „Blockheizkraftwerk Bettenacker AG“ und Abtretung der Darlehensforderung an die EBM. Der Antrag lautet: Laut Geschäftsbericht Nr. 3905 möchte der Gemeinderat die Gelder aus dem Verkauf der Aktien der „Blockheizkraftwerk Bettenacker AG“ und der Abtretung der Darlehensforderung an die EBM für den Schuldenabbau respektive zur Finanzierung laufender Investitionen verwenden. Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen und schriftlich zu berichten, ob diese ausserordentlichen Einnahmen stattdessen wieder für die Finanzierung innovativer Energieprojekte verwendet werden können, zum Beispiel zur Errichtung von Solarkollektoren auf dem Hallenbaddach. Begründung: Diese Gelder wurden seinerzeit für die Anschubfinanzierung eines innovativen Energieprojektes bewilligt. Sie sollten daher gemäss ihrem ursprünglichen Zweck verwendet werden, und nicht irgendwo in der Gemeindebuchhaltung „versickern“. Zudem wurde für die laufenden Investitionen bereits ein Budget bewilligt, damit erübrigt sich hier eine zusätzliche Finanzierung.

Darf ich kurz jemanden der Grünen zur Begründung der Dringlichkeit bitten.

Julia Gosteli, Grüne: Guten Abend miteinander. Das Geschäft wird heute besprochen. Wir haben den Bericht des Gemeinderates vorliegen und darum erachten wir das als dringlich.

Armin Bieri, Präsident: Ist jemand des Gemeinderats da zur Dringlichkeit? - Gut. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Es braucht ein 2/3-Mehr.

://:

Der Antrag wird mit 20 Nein zu 16 Ja abgelehnt. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben.

Armin Bieri, Präsident: Wir haben wieder einen Stapel Papier auf unseren Pulten. Postulate. Wir gehen nach der Nummerierung. Postulat 3924: „Sole statt Salz, der Umwelt und der Gemeindefinanzen zuliebe“ von Josua M. Studer. Möchte der Postulant noch das Wort? -

Interpellation: „Das Allschwiler Wochenblatt auf der Gemeindefinanzseite“ auch von Herrn Studer. - Gut, nächstes Postulat betreffend Wegsanierung vor dem Jugendhaus JDA Allschwil (lieber nicht wegsanierung, nur Wegsanierung) von Rolf Adam.

Interpellation 3927: „Mangelnde Diskretion für Besucher Einwohnerdienste“ auch von Herrn Studer.

Heute noch frisch eingetroffen, Postulat betreffend öffentliche Toilettenanlagen von Gabriela Huschke. Ist hier noch das Wort gewünscht? - Gut, dann ist das erledigt. Dann kommen wir jetzt zum Traktandum 1.

507 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes der Umweltkommission anstelle des zurückgetretenen Joel Wartenweiler, SVP, (Sitz steht CVP-Fraktion zu) für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3881

Armin Bieri, Präsident: Gibt es Wahlvorschläge? Frau Oppliger.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die CVP-Fraktion schlägt Euch für die Umweltkommission Rolf Adam vor. Dazu möchte ich aber noch etwas sagen, in meinem Namen und im Namen von Kurt Kneier. Als die Kandidatur ganz neu war, hat man Kurt und mich angefragt, ob wir ein Mitglied für diese Kommission hätten. Kurt und ich haben dann eigenmächtig gesagt: Nein, die SVP könne diesen Sitz schon haben. Aber wir haben die Fraktion nicht gefragt. Wir hatten auch schon länger keine Fraktionssitzung mehr. Das haben wir jetzt nachgeholt an unserer Fraktionssitzung. Und da gab es eine Fraktionsmehrheit, die gesagt hat, wir stellen selbst ein Mitglied. Und das wäre Rolf Adam. Ich bitte Euch, diese Kandidatur zu unterstützen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Cedric Roos hat noch das Wort verlangt.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Von meiner Person aus würde ich die Traktandenliste gar nicht genehmigen, wenn ich dazu käme. Der Klammerzusatz des Traktandum 1 müsste gestrichen werden. Warum ist das bis jetzt nicht gemacht worden? Dies nur - man hat nicht näher darüber diskutiert - weil Kurt Kneier uns schriftlich und mündlich mitgeteilt hat, dass die CVP auf diesen Sitz verzichten wird, und es gar nicht zur Relevanz kommt. Es gibt aber noch einen weiteren Grund, warum es unrichtig ist, dass dieser Sitz der CVP zugesprochen werden sollte. Und zwar hat der Einwohnerrat bestimmt, dass abtrünnige Fraktionsmitglieder nicht mehr der Fraktion angehören und auch nicht zugerechnet werden. Dies hat selbstverständlich keine Bedeutung für die Mandate dieser Amtsträger, muss aber zwingend bei der Proporzberechnung berücksichtigt werden. Sonst kommt es zu der unerträglichen Situation, dass wir, die SVP, die zweitstärkste Partei gemessen am Volkswillen keinen Sitz mehr in dieser Umweltschutzkommission haben. Von mir aus gesehen ist das nicht tragbar, deshalb stellen wir die Gegenkandidatur: René Imhof.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich möchte ganz klar sagen, die SVP hat einen Sitz in der Umweltkommission in der Person von Susanne Studer. Jemand, der einen Sitz für eine Partei hat, für eine Fraktion, muss nicht zwingend dieser Partei angehören. Das hatten wir schon mehr als einmal im Einwohnerrat. Es ist keine Verpflichtung. Die Situation ist jetzt ganz klar. Die SVP hatte zwei Mandate in der Umweltkommission, hat jetzt einen verloren durch den Austritt von Joël Wartenweiler. Ginge auch Susanne Studer noch aus der Umweltkommission, hätte sie automatisch wieder einen Sitz zugute, und deshalb ist alles rechtens. Ich verstehe nicht, weshalb man deswegen die Traktandenliste nicht genehmigen sollte. Zudem sind wir gar nicht gefragt worden, ob es einen Einwand gegen die Traktandenliste gibt.

Armin Bieri, Präsident: Weitere Wortmeldungen? Herr Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir wurden gestern über die verschiedenen Mails, die hin und her gegangen sind, informiert. Wir haben das in der Fraktion auf dem

Mailweg einmal kommuniziert. Wir finden, dass dies eine Sache ist, die jetzt unter den bürgerlichen stattfindet. Es ist ein Machtspiel, das hin und her geht, und es ist eigentlich klar, dass wenn es zu einer Abstimmung kommt, wir vorher noch ein Time out verlangen. Wir haben uns erst jetzt gesehen, und die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen der Fraktion enthalten werden, da es eigentlich gar nichts zu diskutieren gibt. Danke schön.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Herr Bammatter, ein Time out oder nicht? Wir kommen zur Abstimmung.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ja, dann würden wir gerne ein Time out nehmen. Es reichen 2-3 Minuten.

Armin Bieri, Präsident: Dann machen wir 3 Minuten ein Time out.

[Time out 3 Minuten]

Armin Bieri, Präsident: Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Studer.

Josua Studer, parteilos: Danke schön, Herr Präsident. Wir sind in einer Gottschalk-Sendung, wir haben bereits überzogen. Ich möchte darauf hinweisen, dass uns der Vorschlag der SVP ein weiteres Wahlgeschäft beschert werden wird, sollte Herr Imhof gewählt werden. Herr Imhof ist momentan Ersatzmitglied der Umweltkommission. Das heisst, bei der nächsten Einwohnerratssitzung diesen Monat dürfen wir ein neues Ersatzmitglied wählen. Das ist nicht das erste Mal, dass es so passiert, dass ein Ersatzmitglied von der SVP vorgeschlagen wird, und man dann wieder eine Wahl hat. Wollen wir nur noch Wahlgeschäfte machen? Wir haben schon über 20 Minuten dieser Sitzung verstreichen lassen.

Armin Bieri, Präsident: Also, ich versuche wieder auf das eigentliche Wahlgeschäft zurückzukommen. Ich habe mich jetzt noch einmal juristisch beraten lassen. Wir hatten das im Büro im Prinzip schon abgeklärt. Es ist ganz klar, vom Gesetz her, vom Proporzschlüssel her, ist es jetzt ein 38er-Schlüssel. Wir rechnen mit 38 Fraktionsmitgliedern. Und dann ist ganz klar, dass in einer 7er-Kommission die SVP neu 1 Vertretungsanspruch hat und die CVP 2. Vom juristischen Standpunkt aus, habe ich mich belehren lassen, ist es im Endeffekt illegal, wenn die SVP einen zweiten Sitz beansprucht, weil dann der Proporzschlüssel wieder kippen würde. Jetzt geht es folgendermassen: Wir können uns selbst auch bestimmen. Wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir diese Wahl, also den Wahlvorschlag der SVP, zulassen wollen oder nicht. Wenn wir diesen nicht zulassen, dann ist es klar, dann gilt der Vorschlag der CVP. Dann gibt es nur einen Vorschlag und dann ist das erledigt. Wenn wir dem zustimmen, dann gibt es nachher die Wahl CVP-Vorschlag oder SVP-Vorschlag. Ja, Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass dieses Wahlgeschäft nicht illegal ist. Das ist ein Sitz der CVP und, wie ich vorher erwähnt habe, es muss jemand nicht derjenigen Partei angehören, wenn er diesen Sitz bekleidet. Wenn eine SVP-Person gewählt würde, würde diese SPV-Person in dieser Kommission für die CVP Einsitz nehmen. Somit gingen auch die Sitzungsgelder...

Armin Bieri, Präsident: [unterbricht den Redner] Herr Studer, es ist alles klar. Ich habe es so erklärt.

Josua Studer, parteilos: Sie haben gesagt, dass es illegal sei. Es ist nicht illegal, es ist zulässig.

Armin Bieri, Präsident: Es ist illegal, wenn die SVP jetzt einen zweiten Sitz beansprucht, da sie einen Sitz in der Form von Susanne Studer hat. Und der zweite Sitz gehört der CVP, das ist klar. Herr Roos.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass dieses Wahlgeschäft nicht illegal ist und zwar mit folgender Begründung: Es ist eine Auslegungssache. Der Einwohnerrat muss sich jetzt entscheiden, ob Susanne Studer noch zu uns gehört oder nicht. Wenn ja,

dann würde der Sitz der CVP zustehen. Wenn nein, dann steht er uns, der SVP, zu. Und in Auslegungsfragen hat der Präsident, laut Reglement, die Alleinkompetenz.

Armin Bieri, Präsident: Also. Wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir eine Zweierwahl zulassen, oder ob wir eine Einerwahl machen.

[Es wird abgestimmt]

Armin Bieri, Präsident: Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Ich möchte manifestieren, dass die Stimmen Frau Susanne Studers und Josua Studers keine Enthaltung, kein Ja und kein Nein sind. Diese Abstimmung ist nicht nötig, weil x Kandidaten bekanntgegeben werden können. Man mehrt nicht aus, ob man das haben will. Die Kandidaten standen da und somit hat man über die Personen abzustimmen. Deshalb: Es war keine Abstimmung durch uns.

Armin Bieri, Präsident: Ich gebe nichtsdestotrotz die Abstimmung bekannt. Es sind 7 Ja für zwei Kandidaten, also Einsitzrecht für die SVP für einen 2. Sitz, 11 nein und 17 Enthaltungen. Damit ist es klar, das Vorschlagsrecht geht einzig an die CVP. Und so stimmen wir nun über den Vorschlag der CVP ab.

://:

Gewählt ist mit 19 Ja-Stimmen und 17 Enthaltungen Rolf Adam.

Armin Bieri, Präsident: Herr Roos.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Der Einwohnerrat hat entschieden und der Einwohnerrat hat sicher auch recht. Wir haben trotzdem noch ein Problem. Und zwar ist eine Kommission dazu da, damit die Leute der Fraktion in die Kommissionen hinein kommen, Informationen hinein geben und Informationen wieder heraus an die Fraktionen geben. Dies ist zurzeit in der Person von Frau Susanne Studer nicht der Fall. Deshalb beantrage ich ausserordentlich eine temporäre Aufstockung dieser Kommission, ohne Stimmrecht, damit auch wir die Informationen haben, die wir brauchen, um hier seriös zu arbeiten.

Armin Bieri, Präsident: Nach kurzer Konsultation unseres Juristen kann ich sagen: Das Reglement ist klar, es sind 7 Kommissionssitze. Änderungen bräuchten eine Reglementsänderung. Es ist also vom Reglement her nicht möglich. Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Danke Herr Präsident. Ich möchte Herrn Roos, wahrscheinlich jetzt zum fünften Mal, mitteilen, dass Susanne Studer und ich mehrfach mit dem Vorschlag an die Fraktion gelangt sind, dass wir eine „Quasi-Fraktions-Gemeinschaft“ machen würden, die legal wäre, wir aber nicht an den Sitzungen dieser Fraktion teilnehmen würden, sie jedoch vorgängig über unsere Gedanken und Vorstösse ect. informierten und berichten, was wir in den Kommissionen machen. Somit wäre eigentlich dieser Informationsaustausch möglich. Von Seiten der SVP besteht Null Interesse in dieser Hinsicht. Und deshalb ist es unverständlich, dass Cedric Roos sagen kann, sie kämen nicht an Informationen. Sie hätten sie haben können, sie wollten sie nicht. Es ist wie bei den kleinen Kindern, sie müssen halt spüren, wenn die Herdplatten heiss sind.

Armin Bieri, Präsident: Herr Winter.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich wünsche an dieser Stelle Kurt Kneier alles Gute, es ist schade, dass er nicht hier ist. Jede Kommission hat Ersatzmitglieder. Jedes Ersatzmitglied darf an jeder Sitzung teilnehmen, einfach ohne Stimmrecht. Wir hatten das x Mal bei grösseren Geschäften, wo man gewusst hat, dass es über eine lange Zeit geht. Man hat gewusst, dass das reguläre Mitglied vielleicht Militärdienst leistet, Familienurlaub hat oder irgendetwas. Jedes Ersatzmitglied kann zu jeder Zeit an jeder Kommissionssitzung teilnehmen und den Informationsfluss zurückbringen in die Fraktion, in die Partei und in die Öffentlichkeit. Von daher sehe ich keine

Notwendigkeit, eine Reglementsänderung zu machen. Ich kann nur an jedes Mitglied appellieren, das auch als Ersatz zur Verfügung steht: Von Fall zu Fall teilnehmen, die Information auf drei bis vier Schultern zu verteilen, und somit auch den Informationsfluss zu gewährleisten. Es ist für mich eine ganz klare Sache. Packt diese Chance und nehmt diesen Kanal wahr, seit Jahrzehnten läuft es so. Merci.

Armin Bieri, Präsident: Noch Herr Roos zum Schluss und dann beenden wir das.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich möchte drei Sachen sagen. Josua Studer meinte, wir könnten ja eine Quasi-Fraktion machen. Für mich ist das eine reine Erpressung. Er gibt uns die Informationen, wenn wir ihn wieder zurück in die Fraktion nehmen.

[Zwischenrufe aus dem Plenum]

Armin Bieri, Präsident: Ich beende die Diskussion jetzt. Ich finde diese Streitereien langsam dem Rat nicht mehr würdig. Damit kommen wir zu Traktandum 2.

508 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitglieder der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente anstelle der zurückgetretene Susanne Amrein-Fischer, CVP, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3916

Armin Bieri, Präsident: Hat die CVP einen Vorschlag?

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Werte Kollegen und Kolleginnen. Wir schlagen Ihnen Philippe Adam vor. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Vorschläge? Ist diese Wahl bestritten? - Wenn nicht, dann ist Herr Philippe Adam als Mitglied der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente gewählt.

://:

Philippe Adam ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente gewählt.

509 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Ersatzmitgliedes für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Robert Richner, FDP, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3917

Armin Bieri, Präsident: Die FDP schlägt Herrn Rico Canonica vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Ist diese Wahl bestritten? - Das ist nicht der Fall. Somit ist Herr Canonica als Ersatzmitglied gewählt.

://:

Rico Canonica ist in stiller Wahl als Ersatzmitglied für die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2009 zum Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, vom 09.02.2000, betreffend Anbringen eines Fussgängerstreifens bei der Parkallee
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3217 / A

Armin Bieri, Präsident: Nach 35 Minuten kommen wir nun zum ersten richtigen Geschäft. Wir haben das Geschäft 3217. Wie Ihr der Nummer anseht, ist dies ein ziemlich altes Geschäft. Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2009 zum Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, vom 09.02.2000, es feiert also gerade das 10jährige, betreffend Anbringen eines Fussgängerstreifens bei der Parkallee. Die Geschäftsvertretung hat Gemeinderat Thomas Pfaff.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Vor neun Monaten hat Ihnen der Gemeinderat im Rahmen des Geschäftsberichts 2008 beantragt, das Postulat aus dem Jahr 2000 endlich abzuschreiben. Sie haben das abgelehnt. Aus diesem Grund hat die Gemeindepolizei erneut eine Verkehrszählung gemacht, erneut Basel-Stadt kontaktiert, da es an der Grenze zu Basel-Stadt liegt und erneut die rechtlichen Grundlagen geprüft. Das Ergebnis ist eindeutig. Sie konnten es dem Bericht entnehmen, während total 14 Stunden wurden die Fussgängerquerungen an der Parkallee gemessen. Das ist erfolgt über die üblichen Tagesstunden, in den Morgenstunden, wenn die Bevölkerung zur Arbeit geht, vor Schulbeginn am Vormittag, bei Schulschluss am Mittag, am Nachmittag, am Feierabend, usw. Der Durchschnitt liegt bei 7 Personenquerungen pro Stunde im ganzen Strassenabschnitt. Der Spitzenwert liegt, wenn ich mich recht erinnere, bei 18 Querungen in der Stunde. Damit ein Fussgängerstreifen angebracht werden darf, braucht es durchschnittlich mindestens 25 Fussgängerquerungen pro Stunde. Gemessen haben wir, wie ich schon sagte, 7 Personenquerungen im Durchschnitt. Es wird in diesem Bericht eine Grafik erwähnt, die Ihnen aus Versehen nicht ausgehändigt wurde. Ich habe diese Grafik auf Folie. Und weil man die kleine Schrift nicht gut lesen kann, habe ich es daneben noch einmal gross hingeschrieben. Mit einem roten Punkt habe ich eingetragen, wo wir uns bei der Parkallee befinden, bei 175 Fahrzeugen pro Stunde, aber nur 7 Personenquerungen. Und Sie sehen, wir sind in dem Bereich, der in der Grafik lautet: Fussgängerstreifen ungeeignet. Das ist nicht nur eine schöne Grafik, das ist auch verbindlich. Sie konnten es dem Bericht entnehmen. Damit hat die Gemeindepolizei erneut aufgezeigt, dass für einen Fussgängerstreifen kein Bedarf besteht. Ich habe mir die Mühe gemacht, dies in einem Bericht noch einmal aufzuzeigen, und ich bitte Sie jetzt, das Postulat nach 10 Jahren endlich abzuschreiben.

Armin Bieri, Präsident: Das Wort hat der Postulant.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Danke schön, Gemeinderat Pfaff. Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich zweifle nicht daran, dass das Postulat lange Zeit gestanden ist. Ich zweifle auch nicht daran, dass man es bereits im 2003 nach der Überweisung wieder abschreiben wollte. Ich zweifle aber auch nicht daran, dass es nötig ist. Ich durfte die Sache mit der Ortspolizei vor Ort anschauen. Es geht um den Punkt Stadtgrenze, Steinbühlallee hinunter in den Schützenweg. Ich habe es auf Grund von Äusserungen, Wünschen von Anwohnern, eingegeben, als dort die Überbauung Sandweg begonnen hat. Ich habe es verknüpft mit einem zweiten Wunsch, nämlich ein Spiegel auf der Seite Steinbühlallee aufwärts, weil man beim Kommen von unten fast nichts sieht. Ich durfte das mit der Ortspolizei prüfen, übrigens Merci für das, es war sehr angenehm. Es ist mir klar, dass es dort nicht so gemacht werden kann. Mittlerweile aber, seit wir das Postulat eingegeben haben, hat sich die Anwohnerschaft in diesem Bereich Parkallee etwa verdrei- bis vierhundertfacht. Ich wurde x Mal von Personen dort angegangen: Was geht jetzt? Immer hat es geheissen, es sei noch in Arbeit, es wird dann schon kommen. Ich bin überzeugt, dass wir es heute Abend abschreiben. Ich bin aber genau so überzeugt, meine Damen und Herren, verehrte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, es werden von der Bevölkerung her einige Anfragen kommen, weil dort wirklich eine Notwendigkeit besteht. Ich habe ein paar Mal in der Parkallee das Polizeiauto stehen sehen. Ich war sogar versucht zu fragen, ob sie einen Kaffee wollen. Sie sitzen dort im Fahrzeug und die Leute gehen natürlich nicht über die Strasse, wenn das Polizeiauto dort steht. Es wäre vielleicht eine Variante, das Velo zu nehmen oder sich zu mir in den Garten zu setzen und hinüberzuschauen. Jede Person in dieser Parkallee geht dort hinüber, wenn es eine Lücke hat, wenn nicht gerade ein Fahrzeug kommt. Dieser Übergang wird wirklich sehr stark

frequentierte. Aber ich bin nicht dagegen, es abzuschreiben, vor allem wegen dem Spiegel. Und ich bin überzeugt davon, dass endlich die Anwohner persönlich bei Euch vorstellig werden dürfen. Auf das Geschäft müssen wir nicht eintreten, aber es gibt bestimmte Anfragen. Man kann es abschreiben. Aber man wird wieder von der Parkallee hören. Merci.

Armin Bieri, Präsident: Der Form halber frage ich nach: Ist das Eintreten bestritten? - Das ist nicht der Fall. Hat es weitere Wortmeldungen? - Dann gehen wir Abschnittsweise durch den Bericht. Der 2. Vize-Präsident führt durch.

1. Ausgangslage
Keine Wortmeldung

2. Antwort vom Gemeinderat
Keine Wortmeldung

3. Antrag
Keine Wortmeldung

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zum Antrag. Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen, das Postulat 3217 als erledigt abzuschreiben. Wer dem zustimmen kann, soll die Karte erheben.

://:
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

511 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2009 zum Postulat von Hanspeter Frey, FDP, vom 23.10.2002 betreffend Einrichtung von Tempo 30-Zonen
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3387 / A

Armin Bieri, Präsident: Dieser Antrag ist jetzt nur 8 Jahre alt aber auch er hat eine gewisse Anciennität. Ich frage den Rat, ob das Eintreten bestritten? - Dies scheint nicht der Fall zu sein. Vertreter des Gemeinderates ist Herr Thomas Pfaff.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Ich darf mich kurz fassen. Nachdem das Volk die Tempo 30-Initiative letztes Jahr abgelehnt hat, ist es an der Zeit, auch das Postulat aus dem Jahr 2002, das ebenfalls die Einführung von Tempo 30-Zonen verlangte, abzuschreiben. Ich möchte Sie darum bitten, das Postulat 3387 als erledigt abzuschreiben.

Armin Bieri, Präsident: Den Postulanten kann ich schlecht zu Wort kommen lassen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Das Postulat ist acht Jahre alt und wir haben von Seiten SVP, damals zusammen mit Basil Kröppli, sehr engagiert gegen diese Idee gekämpft. Wir hatten diverse Ideen, wie die Einführung von Tempo 30 verhindert werden könnte. Wir wurden belächelt. Als Basil Kröppli wegzog, wurde ich zum grossen Einzelkämpfer mit ein paar zusammen, die im Hintergrund aktiv geholfen haben und versprochen, falls es zu einem Referendum käme, mich zu unterstützen. Da war ich mir sicher, dass wir das locker schaffen. Ich war auch sicher, dass wir bei einer Abstimmung ein gutes Resultat erzielen würden. Es ging bei der Debatte sehr turbulent zu und her hier im Einwohnerrat, Falschabstimmungen und interessante Gegenvorschläge usw. Jedenfalls kam es am Schluss vor das Volk und man hat gesehen, was passiert ist. Und ich habe jedes Mal eine Freude, wenn ich in der Zeitung lese, dass irgendwo Tempo 30 eingeführt wird. Dann sage ich: Allschwil ist eine Insel, wie die Schweiz eine Insel in Europa ist. Und man lebt gut als Insel. Man hat schön viel Wasser rundherum und es gefällt einem. Ich bin stolz darauf, dass das Stimmvolk einmal gezeigt hat, dass auch

in Allschwil Sachen möglich sind, welche die Mehrheit, wenn sie sich verlauten lässt, nicht glaubt. Ich bin froh, dass Tempo 30 nicht eingeführt wurde. Ich bin der Linken dankbar, dass sie das Versprechen einhalten, das sie uns abgegeben haben, dass sie das Thema jetzt ruhen lassen.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir direkt zu dem Anträgen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen, das Postulat 3387 als erledigt abzuschreiben. Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte anzeigen.

://:

Der Antrag ist grossmehrheitlich angenommen. Das Postulat ist abgeschrieben.

512 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 16.12.2009 zum Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 06.11.2008 betreffend Temporeduktion auf „generell 50km/h“ längs des Hegenheimerweges, auf der Strecke zwischen Mittlerem Steg/im Brühl und Gartenbad

Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3810 / A

Armin Bieri, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? - Das ist nicht der Fall und ich darf wieder Gemeinderat Thomas Pfaff das Wort erteilen.

Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Das überwiesene Postulat verlangt die Beschränkung der Geschwindigkeit des gesamten Hegenheimerweges auf 50 km/h. Die kantonale Prüfung verlief positiv, damit konnte Tempo 50 per 1. Dezember eingeführt werden. Während einer Einführungszeit von zwei Monaten gab es Zusatztafeln, welche auf die veränderte Situation hingewiesen haben. In dieser Einführungszeit hat man auch keine Geschwindigkeitskontrollen gemacht. Seit dem Februar wird die neue Geschwindigkeitsvorgabe durchgesetzt, was unter anderem auch über systematische Radarkontrollen passiert. Es hat sich gezeigt, dass viele Automobilisten sich noch nicht an die neue Höchstgeschwindigkeit halten wollen. Im Februar wurden im Durchschnitt pro Minute zwei Fahrzeuge bei diesen Kontrollen gemessen, die zu schnell gefahren sind. Wir gehen davon aus, dass mit diesen Radarkontrollen, die jetzt wieder eingesetzt haben - wir haben in der Vergangenheit immer wieder dort gemessen, wir hatten jetzt einfach zwei Monate Pause - sich die entsprechende repressive Wirkung zeigen wird, und zum Wohl der andern Verkehrsteilnehmer beitragen, insbesondere der jüngeren, die dort unterwegs sind zu den verschiedenen Sportanlagen und Sportplätzen, und dass die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h wieder respektiert wird. Damit ist das Postulat erfüllt. Ich bitte Sie, das Postulat 3810 als erledigt abzuschreiben.

Armin Bieri, Präsident: Das Wort hat der Postulant, wenn gewünscht.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, verehrte Anwesende. Ich denke, es ist richtig, das Postulat abzuschreiben, denn es ist erfüllt. Ich bin mit dem Auto letzte Woche selbst dort durchgefahren und habe gemerkt, dass es eine gewisse Disziplin braucht, tatsächlich nur 50 km/h zu fahren, weil die Strasse breit ist. Ich denke, das ist auch gut. Was ich als Velofahrer jeweils schon vom Bauzenter aus gesehen habe, habe ich als Automobilist noch einmal kurz getestet. Im Moment ist die Tempo 50-Tafel, die quasi auf der Kantonsgrenze steht zwischen Allschwil und Basel noch lange von einer Winterdiensttafel verdeckt. Ich fände es wichtig, ich möchte das einfach mitgeben, dass man die Tafel so versetzt, dass Tempo 50 wirklich sichtbar ist, sonst ist es nicht fair, Automobilisten zu Blitzen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Herr Imber.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich staune jetzt schon sehr, dass man Ressourcen einsetzt, um an einer extrem sicheren Strasse mit Tempo 50, extrem sicher mit zwei Trottoirs, mit Beleuchtung und mit keinem bewohnten Gebiet links und rechts, Tempokontrollen zu machen. Auf der anderen Seite, weil wir ja alle beschränkte Ressourcen haben, macht man das nicht an einem andern Ort, wo es sicher viel dringender wäre. Und ich denke, das verstösst nicht nur gegen das Verhältnismässigkeitsprinzip, sondern das ist eigentlich auch ein Missbrauch der Ressourcen. Ich würde sehr davon abraten, dort jetzt Tempokontrollen zu machen. Ich kann mir schon vorstellen, warum man es dort macht, aber das entspricht nicht dem Verhältnismässigkeitsprinzip.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Als Christoph Benz diesen Vorstoss eingereicht hat, war ich dagegen und habe ganz klar gesagt, warum. Ähnliches hat jetzt auch Herr Siro Imber gesagt. Die Strasse ist breit, sie verleitet unbewusst zum schnelleren Fahren. Das heisst, dort wird nicht bewusst gerast, und 60 km/h ist eigentlich eine Geschwindigkeit, die man einhalten kann, ohne dass man speziell auf den Tacho schaut. Jetzt ist es plötzlich 50 km/h und man muss wahnsinnig darauf achten. Es ist ein weiteres Problem entstanden. Am Hegenheimermattweg ist wirklich sehr viel Betrieb. Es stehen da viele verschiedene Tafeln und es hat Baustellen, die sich immer wieder verändern. Auf dieser Strasse fahren Buslinien, diverse mittlerweile, und es hat sich gezeigt, dass die Chauffeure der BVB und der BLT sich gar nicht bewusst sind, dass dies nun plötzlich eine 50-Strecke ist. Es sind wohl Tafeln aufgestellt worden, aber diese stehen zum Teil etwas blöd. Es wird logischerweise in einem Amtsblatt kommuniziert, aber wer von diesen Chauffeuren liest schon das Amtsblatt, besonders, wenn sie nicht in Baselland zuhause sind. Wir hatten das gleiche Beispiel an der Redingstrasse, vom Dreispitz hinunter zum Joggeli. Dort wurde auch von 60 km/h auf 50 km/h geändert. Erst als diverse Radarkontrollen gemacht wurden, ist es aufgefallen. Aber das hat denjenigen Geld gekostet, der gar nicht bewusst zu schnell gefahren ist. Und ich möchte doch bitten, dass man jetzt hier nicht Wegelagerei macht, sondern vielleicht die Tafeln noch etwas länger aufstellt und vielleicht auch grössere Tafeln macht. Es ist nicht verboten, die 50-Tafel etwas grösseres zu machen, dass man sie auch wirklich sieht. Es kann dann so mehr Sinn geben. Besten Dank.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Stichwort verhältnismässig. Es ist mir soeben aufgestossen. Ein Verhältnis ist eine Abmachung, Punkt. Das heisst ganz einfach, dass ich eine Vorschrift, eine Abmachung, einzuhalten versuche. Und wenn jemand als Berufsmann nicht weiss, wie er sich dort, wo er hingehet, verhalten soll, tut er mir sehr leid. Ich glaube wir alle, wenn wir an einen Anlass gehen, einen Event, und der Verkehr ist auch eine Event, ein Anlass, eine Begegnung, wissen, wie wir uns dort verhalten müssen. Ich glaube nicht, dass es ein Problem ist, dass die Strasse dort sehr gerade ist oder sehr lange. Auf der Fahrbahn, die vertieft ist, gibt es auch noch einen Veloweg. Ich habe dort kürzlich zwei Mal einen Schreckmoment gehabt, als ich mit Kids dort durchgefahren bin. Ich fahre Richtung Allschwil auf den Parkplatz, da steht Mitte Strasse irgend so ein kulanter BL-Fahrer, und der fährt bei meiner Klasse vor das erste Velo, so dass dieser hinfällt. Ich konnte leider keine Nummer notieren. Es geht nicht darum, dass die Strasse gerade ist. Wir haben auf dieser Fahrbahn auch noch den Veloweg. Das andere wäre, man würde den Veloweg hinüber auf das Trottoir nehmen, man hat ihn ja hinunter genommen. Und übrigens, von Wegelagerei zu reden, nebst dem Verhältnismässigen: Ich habe das Wort "Wegelagerei" schon anders gehört hier, nämlich wenn Leute meinen, sie müssten zum Beispiel nachtschichten-wegelagern, wenn sie Plakatwände bewachen. Das war ein Nebensatz. Danke.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte an dieser Stelle noch anfügen für die, die es vielleicht vergessen haben: Ich habe das Postulat als Zwilling eingereicht. Sein Kollege war, dass ich gesagt habe, Velosicherheit erhöhen. Längerfristig hiesse das auch, den Veloweg, der zwischenzeitlich auf die Fahrbahn herunter gerutscht ist, wieder als Trottoir abzuheben. Dann würde auch die Fahrbahn optisch wieder weniger breit scheinen, und man merkt als Automobilist auch, dass man hier nicht so schnell fahren sollte.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Ich möchte auf das eine oder andere eingehen. Eine Ausschilderung hat es nur, wenn man von Basel her kommt, weil dann an der Gemeindegrenze noch einmal deklariert wird, dass man von bewohntem Gebiet kommt, in bewohntem Gebiet bleibt, und nur weil es eine Gemeindegrenze ist, wird noch einmal das 50-Schild aufgestellt, damit man weiss, auch in der nächsten Gemeinde geht es mit 50 weiter. Es hat zwar davor

die Winterdiensttafel, aber man sieht sie von genug weit her. Ich glaube nicht, dass eine Versetzung der Tafel notwendig ist.

Erschreckt bin ich etwas über Äusserungen wie „Wegelagerei“ und „unverhältnismässig“. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Wir kontrollieren nicht speziell mehr als in früheren Jahren, sondern wir haben einfach an dieser Strasse vor zwei Monaten ausgesetzt, im Sinne einer Einführung und Angewöhnung, und haben jetzt unsere Kontrolltätigkeit wieder aufgenommen. Nur in Fahrtrichtung Basel ist der Veloweg auf dem Trottoir und geschützt. In der andern Richtung haben wir den Velostreifen auf der Strasse und wir haben dort die Jugendlichen, die zu den Sportanlagen und zu den Sportplätzen gehen. Es macht sehr wohl Sinn, dass dort 50 km/h gefahren wird. Ich verbiete mir zu behaupten, dass die Gemeindepolizei Wegelagerei betreibt, oder dass dies irgendwie nicht verhältnismässig ist. Diese Strasse wird, wie manche andere Strasse, im regelmässigen Turnus kontrolliert. Sollte sich zeigen, dass die hohe Überschreitungsrate anhalten sollte, müsste man noch einmal über die Bücher gehen, wie man das verändern kann.

Armin Bieri, Präsident: Herr Studer zum Zweiten.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, Herr Gemeinderat Pfaff. Ich möchte mich entschuldigen. Ich habe Sie missverstanden. Ich habe verstanden, dass Sie vermehrt Kontrollen machen, um die neue Geschwindigkeit durchzusetzen. Und deshalb erlaube ich mir, die Äusserung der „Wegelagerei“ zurückzunehmen, obwohl ich mir bewusst bin, dass sie im Protokoll weiterhin bestehen bleibt.

Armin Bieri, Präsident: Ich sehe keine weiteren Wortbegehren mehr. Dann gehen wir durch den Bericht durch. Der 2. Vize-Präsident führt durch den Abschnitt.

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Antwort vom Gemeinderat

Keine Wortmeldung

3. Antrag

Keine Wortmeldung

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung über das gesamte Geschäft.

://:

Einstimmig angenommen.

513 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 03.02.2010 betreffend
Blockheizkraftwerk Bettenacker AG Allschwil
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3905

Gemeinderätin Nicole Nüssli: Verehrter Präsident, geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte. Auf Grund der Unterlagen, welche sie zur heutigen Sitzung erhalten haben, haben Sie gesehen, dass der Gemeinderat beabsichtigt, sich aus der Blockheizkraftwerk Bettenacker AG (BBA) zurückzuziehen und die von ihm gehaltenen 500 Namensaktien zu verkaufen und das Darlehen von CHF 400'000.- abzutreten. Um was geht es bei dem Geschäft im Einzelnen? Die BBA wurde im Jahr 1983 gegründet,

also vor einigen Jahren. Beteiligt an der BBA waren von Anfang an zu je 50% einerseits die Einwohnergemeinde Allschwil, andererseits die EBM (Elektra Birseck Münchenstein). Die Gemeinde Allschwil hat 500 Namensaktien gehalten und zudem hat sie im Laufe der Zeit ein Darlehen über CHF 400'000.- gegeben. Ziel und Zweck der BBA AG war von Beginn weg die Errichtung und der Betrieb von Wärmeversorgungen mit Wärmekraftkupplungen. Heute unterhält die BBA AG sieben so genannter Wärmeinseln, das heisst, dem Zweck entsprechende Wärmeversorgungsanlagen. Ende 2008 plante die BBA eine Erweiterung des Versorgungsgebiets. Auf Grund der finanziell angespannten Situation der BBA wurde die Gemeinde Allschwil angefragt, ob sie sich eine Erhöhung des finanziellen Engagements vorstellen könnte. Das heisst, entweder das Aktienkapital zu erhöhen oder allenfalls ein weiteres Darlehen zu sprechen. Auf Grund der geltenden gesetzlichen Regelung, insbesondere des Gemeindegesetzes, ist es Gemeinden untersagt, Darlehen an Private zu gewähren. Die BBA ist eigentlich ein privates Unternehmen. Zudem gehört die Energie- und Wärmeversorgung nicht zu den öffentlichen Aufgaben einer Gemeinde. In dem Sinne ist es nicht einmal ausnahmsweise gestattet, dass die Gemeinde Allschwil der BBA ein weiteres Darlehen oder weitere finanzielle Zuwendungen gewährt. Aus dem Grund ist der Gemeinderat zur Entscheidung gekommen, dass er ein weiteres finanzielles Engagement an der BBA ablehnt. Gleichzeitig hat man dann die grundsätzliche Beteiligung an der BBA noch einmal geprüft. Bei der Überprüfung hat der Gemeinderat festgestellt bzw. ist sich bewusst geworden, dass gemäss des Darlehensvertrags, der mit der BBA besteht, keine Verzinsungspflicht des Darlehens abgemacht wurde. Das Darlehen ist also vertraglich nicht zu verzinsen gewesen. Gemäss einer Vereinbarung mit der BBA hat sich die BBA freiwillig bereit erklärt, der Gemeinde Allschwil für die Verwaltungstätigkeit, die auf der Gemeinde geleistet wird, jährlich max. CHF 15'000.- als so genannte Management-Fees zu bezahlen. Aber auch da gab es nie eine vertragliche Verpflichtung. Und je nach Ertragslage der BBA, die nicht immer so gut war, wurden dann in der Vergangenheit max. die CHF 15'000.- Management-Fees und die CHF 20'000.- Darlehenszinsen bezahlt, aber auch das, wie gesagt, nicht jedes Jahr. Die maximale Rendite, welche die Gemeinde Allschwil aus ihrem finanziellen Engagement bei der BBA hat oder hatte, war also maximal CHF 35'000.- im Jahr. Das ist gemessen am ganzen finanziellen Engagement von insgesamt rund CHF 900'000.- sehr gering. Der Gemeinde Allschwil war am Anfang, als die BBA gegründet wurde, die finanzielle Beteiligung nicht wichtig. Es ging ihr lediglich darum, eine aus damaliger Sicht fortschrittliche Wärmeproduktion finanziell und ideell zu unterstützen und zu fördern. Aus damaliger Sicht war dies sicher richtig, das sieht der Gemeinderat heute noch so an. Auf Grund der BBA konnten mehrere Blockheizkraftwerke errichtet werden. Es ist aber leider ebenso eine Tatsache, dass die Blockheizkraftwerke Wärme und Elektrizität mit fossilen Energieträgern, Öl und Gas, produzieren. Aus heutiger Sicht ist dies nicht mehr ganz so richtig. Aus heutiger Sicht geht eine fortschrittliche Wärmeproduktion in eine andere Richtung. Die andere Richtung ist die, dass man heute mehr mit erneuerbaren Energieträgern arbeiten und produzieren möchte. Man kann deshalb aus heutiger Sicht sagen, dass der damalige Zweck erfüllt wurde und es ist sicher erlaubt, dass die Gemeinde ihr finanzielles Engagement an der BBA vermehrt unter rein finanzpolitischen oder finanztechnischen Kriterien begutachtet. Unter dem finanzpolitischen Aspekt hat der Gemeinderat entschieden, dass er sich aus der BBA zurückziehen will, und die Mittel, die bis jetzt in der BBA gebunden sind, für andere öffentliche Aufgaben verwenden will. Der Gemeinderat möchte diese Mittel, wenn man sich aus der BBA zurückzieht, für einen weiteren Schuldenabbau verwenden und für die Finanzierung von laufenden Investitionen brauchen. Verhandlungen zwischen dem Gemeinderat und der EBM als Käuferin der Namensaktien zeigten folgendes Ergebnis: Die EBM hat uns ein Angebot gemacht, dass sie uns die Namensaktien zum Nominalwert von je CHF 1'000.-, das heisst CHF 500'000.- abkaufen würde. Man hat sich dann gemeinsam darauf geeinigt, dass man das Angebot überprüfen möchte. Man hat die BDO-Visura eingesetzt und diesen den Auftrag gegeben, das Angebot zu überprüfen. Die BDO-Visura ist auf Grund verschiedener Rechnungsmodelle zum Schluss gekommen, dass das Angebot der EBM fair und angemessen ist. Gemeinsam mit der EBM hat der Gemeinderat den Vertrag, den Sie heute in den Unterlagen haben, ausgearbeitet. Den Inhalt haben Sie gesehen. Es geht darum, einerseits die Namensaktien an die EBM zu verkaufen, und andererseits, dass das Darlehen an die EBM abgetreten wird. Der Gemeinderat bittet Sie, dem Vertrag zuzustimmen. Vielen Dank.

Armin Bieri, Präsident: Ich frage den Rat, ob das Eintreten bestritten ist. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zu den Wortmeldungen.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Danke Nicole Nüssli für die erneuten Ausführungen. Wir von der SP/EVP stimmen dem Verkauf zu. Und ich persönlich würde mich freuen, wenn das Postulat, das die Grünen zu diesem Thema eingereicht haben, möglichst bald behandelt wird. Danke schön.

Nedim Ulusoy, Fraktion Grüne: Geschätzte Damen und Herren. Jetzt hat mir Frau Pausa fast etwas das Wort aus dem Mund genommen. Ich wollte auch noch einmal darauf hinweisen, dass Frau Gemeinderätin Nüssli darauf hingewiesen hat, dass das Geld als Unterstützung einer fortschrittlichen Wärmeproduktion gesprochen wurde. Unser Postulat ginge in die Richtung, dass man das Geld wieder zweckgebunden für solche Sachen einsetzen würde. Ein Beispiel wären die angedachten Sonnenkollektoren auf dem Hallenbaddach. Und ebenfalls wären wir natürlich froh, wenn das Postulat aus dem Grund möglichst bald im Einwohnerrat behandelt werden könnte, bevor das Geld ausgegeben ist. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte. Es ist richtig, dass sich die Einwohnergemeinde Allschwil von der Beteiligung an der BBA trennt, und das Darlehen kündigt. Die Energie- und Wärmeversorgung gehört nach dem Gemeindegesetz auch nicht zu deren Kernaufgaben. Die Rendite der im Finanzvermögen geführten Beteiligung an der BBA AG ist als sehr bescheiden einzustufen. Ein Management-Fee bei gutem Geschäftsgang. Was heisst ein guter Geschäftsgang? Es ist offensichtlich weder eine Dividende ausgeschüttet worden, noch sind Tantiemen für die drei Verwaltungsräte der Einwohnergemeinde Allschwil entrichtet worden. Es stellt sich für uns die Frage, warum der Gemeinderat in seinen Erwägungen die ausbezahlten Management-Fees über eine Investitionsperiode von 27 Jahre nicht ausweist. Ob der Preis in dieser Hinsicht angemessen und fair ist, lässt sich so nicht beantworten. Auch das an die BBG gewährte Darlehen von CHF 400'000.- ist ähnlich einzustufen, weil der Kredit ohne bindende Zinsverpflichtung gewährt wurde. Es stellt sich auch hier die Frage, wie oft der Zins tatsächlich bezahlt wurde. An sich und auf heutige Verhältnisse betrachtet, wären die Konditionen von 5% deutlich über den heutigen Marktzinsen. Fazit: Das Argument für eine Anschubfinanzierung in wirksame und wirtschaftliche Energie- und Wärmeversorgung hätte die ersten zehn bis fünfzehn Jahre begründet in Anspruch genommen werden können. Spätestens Ende der 90er Jahre hätte die Beteiligung auf ihre Begründung und Werterhaltung für die Einwohnergemeinde Allschwil hinterfragt werden sollen. Tempi passati, es ist, wie es ist. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates aus dieser Beteiligung auszusteigen und teilt die Ansicht des Gemeinderates, die verfügbare Liquidität zum Abbau von Schulden oder zur Finanzierung von Investitionen zu verwenden.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Danke schön. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Auch wir von der CVP-Fraktion teilen die Ansicht, dass die Energie- und Wärmeversorgung nicht Angelegenheit der Gemeinde ist. Darum sind auch wir dafür, dass sich die Gemeinde aus dem Engagement mit der BBA AG zurückzieht. Wir sind auch der Ansicht, dass der Verkauf der Beteiligung und die Rückforderung des Darlehens eine sehr elegante und schmerzlose Version ist, den Vermögenswert zu versilbern. Und wir meinen auch, dass der Erlös, wenn man dem so sagen kann, von CHF 900'000.- dazu verwendet werden sollte, um Schulden abzubauen. Besten Dank.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Selbstverständlich kann man diesem Geschäft zustimmen. Ich möchte mich nur kurz sagen, warum ich und meine Frau bei dem Vorstoss der Grünen für Dringlichkeit waren. Ich bin der Meinung, dass man das aus organisatorischen Gründen gleich hätte zusammen behandeln können, dann wäre es erledigt gewesen. Jetzt wird einfach das eine erledigt und das andere kommt später, dabei hätte man das in einem machen können. Manchmal verstehe ich die Politik nicht.

Siro Imber, FDP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch die FDP unterstützt die Anträge des Gemeinderates. Wir finden es gut, dass man damit die Schulden nachhaltig zurückfahren kann und die Schuldzinsen abnehmen, zum einen. Zum andern bin ich etwas kritisch, wenn man ein „Kässeli“ aufmachen will für die Förderung einzelner Projekte. Ich denke es ist besser, wenn man jeweils jedes Projekt einzeln anschaut, ohne dass man Kässeli macht, wie wir das zum Beispiel beim Hallenbad machen, wenn man sieht, das es eine wirtschaftliche Investition sein könnte, wenn man auf das Dach die thermischen Solaranlagen stellte.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Detailberatung. Der 2. Vize-Präsident führt durch die Abschnitte.

1. Ausgangslage
Keine Wortmeldung

2. Antwort vom Gemeinderat

Keine Wortmeldung

3. Antrag

Keine Wortmeldung

4. Anhang

Keine Wortmeldung

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat den Vertrag zwischen der Einwohnergemeinde Allschwil und der EBM betreffend dem Verkauf der Namensaktien der BBA AG, sowie Abtretung der Darlehensforderung zuzustimmen.

://:

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Armin Bieri, Präsident: Damit ist das Geschäft abgeschlossen. Wir machen Pause.

PAUSE

INFO-FENSTER

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende, wir fahren weiter. Wir haben zuerst das Info-Fenster des Gemeinderates und anschliessend die Fragestunde. Zuerst zum Info-Fenster. Es haben mehrere Gemeinderäte etwas mitzuteilen. Wir beginnen von mir aus rechts bei Christoph Morat.

Gemeinderat Christoph Morat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich musste Ihnen berichten, dass im alten Jahr die Hallenbadkasse unter der Last des Alters zusammengebrochen ist. Die neue Kasse ist seit den Fasnachtsferien in Betrieb. Sie startete mit ein paar Kinderkrankheiten, wie das bei so technischen Systemen immer so ist, aber wir können melden, dass es je länger, je besser läuft. Und wir haben in der Firma, bei der wir sie gekauft haben, einen sehr guten Partner, der uns auch mit Ferndiagnosen schnell von den Fehlern befreien kann. Am Montag 1. 3. war ein grosser Andrang. Da mussten teilweise die Jahreskarten des ganzen Schwimmclubs umgetauscht werden und die Kasse ist kurzfristig ausgestiegen. Aber der Fehler konnte durch eine Ferndiagnose schnell behoben werden. Es war einen grossen Aufmarsch von Leuten, die gerne schwimmen wollen, das freut uns natürlich ausserordentlich. Das Fazit ist, dass die Kassenanlage seit gestern Dienstag ohne Problem läuft. Und der Service der Ticos ist effizient und gut, und wir hoffen, dass dies auch so bleibt.

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zum Gemeinderat Julier.

Gemeinderat Arnold Julier: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Wie sie sicher noch wissen, das ist ja immer noch aktuell, nachdem bereits ein neues Erdbeben passierte in Chile, ist Mitte Januar der Karibikstaat Haiti von einem schweren Erdbeben erschüttert worden und dies hat unzählige Opfer gefordert. In Anbetracht der hohen Zahl der Betroffenen und vom Ausmass der Schäden führte die Glückskette am 21. Januar einen nationalen Spendentag durch. Der Gemeinderat hat dann beschlossen, dass wir der Glückskette CHF 20'000.- spenden. Ich informiere jetzt darüber, obschon es März ist, aber es war vorher keine Sitzung, wobei es ist ja die Februar-Sitzung, dann kann man sagen, dass es nur ein Monat später ist. Dies, damit Sie informiert sind, dass wir die CHF 20'000.- dort gespendet haben.

Armin Bieri, Präsident: Wir gehen weiter zum Gemeinderat Vogt.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Wir haben beim Sportplatz am Gartenhof Kandelaber eine Flutlichtanlage, die in sehr beschädigtem Zustand ist. Sie wissen das, weil wir im Budget bereits einen Betrag eingestellt haben, um die Masten abzubrechen. Heute hat der Gemeinderat an der Sitzung beschlossen, dass wir die Arbeiten vergeben und die Masten abreißen lassen. Nachher wird also der Sportplatz Gartenhof ohne Flutlichtanlage sein.

FRAGESTUNDE

Armin Bieri, Präsident: Das sind alle Informationen vom Gemeinderat. Dann kommen wir zur Fragestunde. Ihr habt alle die zwei Blätter vor Euch liegen. Ich beginne mit dem Blatt mit dem Signet darauf. Auf dem zweiten Blatt hat es zwei Fragen, die identisch sind mit solchen des ersten, diese werden wir zusammennehmen. Frage 1 von Christoph Benz.

Frage 1, Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion:

Werte Anwesende, geschätzter Präsident. Ich wiederhole meine Fragen noch schnell.

1. Wie viele KW Strom hat die Gemeinde Allschwil im Jahr 2009, respektive im Jahr 2008, falls die Zahlen nicht vorliegen, verbraucht?
2. Frage: Was hat das gekostet?
3. Wie viel würde es kosten, wenn zu den heutigen Bedingungen Atom- und CO2freier Strom eingekauft würde? Respektive b) was wären die Mehrkosten?

Armin Bieri, Präsident: Robert Vogt bitte.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Die Fragen können wie folgt beantwortet werden: Wir haben in allen Gemeindeanlagen einen jährlichen Stromverbrauch von 2.5 Mio. KWh. Das entspricht ca. 500 Haushaltungen, wenn man es mit Haushaltsstromverbrauch vergleicht, also 2.5 Mio. KWh jährlich. Das kostet im Jahr CHF 463'000.- und ist heute von der Qualität her bereits CO2-frei. Der Strom, den wir heute von der EBM beziehen, ist frei von CO2, kommt also primär aus Wasser- und Kernkraft. Eine kleine Teilmenge haben wir bereits für unser Verwaltungsgebäude als Ökostrom bezogen. Aber was wir nicht haben, und das ist ja in der Frage 3 gestellt, wir haben heute noch keinen atomfreien Strom. Der würde nämlich bei der EBM 20 Rp. mehr kosten. Und wenn man das jetzt ausrechnet auf die 2.5 Mio. KWh, kommen wir auf CHF 55'000.- an Mehrkosten jährlich. Dann müssten wir also anstatt CHF 463'000.- im Jahr CHF 517'000.- im Jahr bezahlen, wenn wir 100% atomfreien Strom von der EBM kaufen würden.

Armin Bieri, Präsident: Ist die Frage beantwortet? - Gut. Wir kommen zur Frage 2 von Herrn Andreas Bammatter und Jean-Jacques Winter.

Frage 2, Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion:

Geschätzte Anwesende, besten Dank. Man konnte der Presse entnehmen, dass dieses Jahr das internationale Jahr der Biodiversität ist. Ich konnte auch beim Natur- und Vogelschutzverein in Allschwil an einem Abend teilnehmen, an dem das Thema vom Revierförster Herrn Markus Lack und von Herrn Andreas Dill, Umweltbeauftragter, thematisiert wurde. Da ich Mitglied bin, wurde ich auch eingeladen. Ich habe folgende Fragen an den Gemeinderat: Weiss der Gemeinderat, dass wir das Jahr der Biodiversität haben? Gedenkt der Gemeinderat das Thema in Allschwil konkret anzugehen? Wenn nein, hat er dazu eine Begründung? Wenn ja, wann soll das stattfinden? Und wer in der Verwaltung wäre allenfalls dann federführend? Dann haben wir zwei politische Kommissionen: Die Umweltkommission und die Naturschutzkommission. Nehmen sich diese dem Thema an? Und schliesslich, 7. Frage: Wie steht es mit der thematischen Vernetzung beim Kanton und beim Bund? Ich habe an der Muba an einem Stand noch einen Flyer bekommen, den ich Euch hingelegt habe. Und ich habe aus dem Internet, www.biodiversitaet2010.ch, etwas als Information heraus kopiert.

Armin Bieri, Präsident: Wem darf ich das Wort geben? Robert Vogt.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es ist so, dass der Gemeinderat über das Jahr der Biodiversität Kenntnisse hat.

Zur Frage 2, was gedenkt der Gemeinderat da zu machen: Wir behandeln das Thema Biodiversität in Allschwil schon seit mehreren Jahren stark. Wir haben den Allschwiler Wald, der unter Schutz gestellt wurde, und im Mühlebachtal haben wir Amphibien-Laichgebiete. Das gleiche haben wir auch bei der Ziegelei, wo zusätzlich auch ein Trittsteinbiotop entstanden ist. Und dann gibt es noch verschiedene Massnahmen, die wir im Rahmen vom Landschaftsentwicklungskonzept auch präsentiert haben, zum Beispiel die Vernetzungsachse. Im Detail haben wir uns noch nicht damit befasst, was wir im Jahr der Biodiversität zusätzlich machen. Wir könnten uns aber gut vorstellen, dass man Informationen im Allschwiler Wochenblatt präsentiert. Oder man könnte den Naturschutztag im Herbst nutzen, um spezielle Massnahmen durchzuführen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir noch ein Postulat offen haben in Sachen Naturschutzkonzept, wo wir noch vor den Sommerferien im Einwohnerrat berichten möchten. Dort können wir ganz bestimmt schon ein paar konkrete Massnahmen aufzeigen.

Die Frage 3 erübrigt sich, weil das nur bei nein gefragt worden wäre.

Die Frage 4 habe ich eigentlich schon bei Frage 2 beantwortet.

Wer ist in der Verwaltung von Allschwil zuständig? Das ist die Hauptabteilung Tiefbau/ Umwelt.

Zur Frage 6: Wer von den politischen Kommissionen Umwelt und Naturschutz wird sich dem Thema annehmen? Da kann ich jetzt nur für die Naturschutzkommission reden, weil dies eine gemeinderätliche Kommission ist. Dort ist es so, dass der Gemeinderat keine Veranlassung hat, die Naturschutzkommission dafür einzusetzen, es sei denn, es gibt im Laufe des Jahres noch spezielle Aktivitäten.

Dann komme ich auch gerade zur Beantwortung der Frage 7: Sollte der Kanton oder der Bund auf uns zukommen, sind wir selbstverständlich offen, und würden dann auch mit entsprechenden geplanten Massnahmen mitarbeiten. Wir würden das auch in der Gemeinde umsetzen, aber im Moment ist noch nichts geplant.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Frage 3 von Josua Studer.

Frage 3, Josua Studer, parteilos:

Herr Präsident, danke für das Wort. Ich bin zweifach befremdet. Das eine ist die Anzahl Fragen pro Thema. Und das zweite ist, dass man die Frage jetzt noch vorlesen sollte. Ich stelle mir die Frage, ob ich künftig meine Postulate, Interpellationen, Motionen auch jeweils vorlesen muss, dass sie behandelt werden. Es ist heute Abend einiges neu in diesem Rat, aber wir lernen ja dazu. Meine Frage steht auf dem Papier, sie ist kurz gehalten, so wie sich das eigentlich gehört. Mehr als ein, zwei Fragen zu einem Thema sind eigentlich eine Interpellation. Wenn es sehr dringend ist, gehört sich eigentlich eine dringliche Interpellation. Deshalb habe ich damals beim Reglementüberarbeiten gefordert, dass wir die Fragestunde auf 20, max. 30 Min. begrenzen, damit wir auch die Fragen, welche nicht beantwortet werden, schriftlich bekommen. Anhand des heutigen Katalogs zeigt sich, dass es mehr als nötig wäre. Ich bitte um die Beantwortung meiner schriftlich gestellten Frage.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzter Josua Studer. Ich gratuliere Dir, Du hast in der Tat die kürzeste Frage gestellt. Ich möchte aber auch sagen, dass wir dankbar sind, wenn die Fragen schriftlich an uns gelangen. Wir können sie dann auch qualifizierter beantworten. Das ist der Vorteil dieses Systems, wenn man sich zuerst austauschen kann und dann die Frage im Rat schon abgeklärt beantwortet wird. Sonst wird man von irgendeiner Frage überrascht.. Du hast die Frage zum Allschwiler Wochenblatt gestellt. Es ist klar, es haben es alle lesen können, am 7. Februar stand es in der Baz, dass die Baz verkauft wurde und die Lokalzeitungen Verlags AG, welche das Allschwiler Wochenblatt herausgibt, zu 100% der Baz gehört. Damit darf man sich mit Fug und Recht die Frage stellen, was passiert mit dem Allschwiler Wochenblatt. Relevant ist das für uns, weil das Allschwiler Wochenblatt als solches das amtliche Publikationsorgan der Gemeinde Allschwil ist, und nach wie vor das einzige amtliche Publikationsorgan der Gemeinde Allschwil. Also sind wir darauf angewiesen, dass das so erhalten bleibt. Und ich kann hier sagen, dass nach Rücksprache mit Frau Dr.

Ludwig-Hagemann, das Allschwiler Wochenblatt nicht gefährdet ist und auch die künftigen Eigentümer der Baz die Lokalzeitungen Verlags AG, welche das Allschwiler Wochenblatt herausgibt, weiterführen wird. Damit werden wir auch künftig das Allschwiler Wochenblatt behalten können. Es ist aber klar, du hast ja auch andere Vorstösse zum Thema Allschwiler Wochenblatt gemacht, in Verbindung mit der Homepage usw., da läuft also noch sehr viel im Hintergrund. Ich kann den nächsten Termin sagen. Am 15. 3. treffen wir uns mit den Chefs, sage ich jetzt einmal, der Lokalzeitungen Verlags AG. Dort werden wir weiter diskutieren, wie, in welcher Form, Inhalt, Ausbau, usw., das Allschwiler Wochenblatt künftig zur Verfügung stehen soll. Aber ich kann sagen, es wird zur Verfügung stehen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Frage 4 von Franziska Pausa. Die identische Frage auch auf dem Blatt von Cedric Roos, Frage 4.

Frage 4, Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion:

Josua Studer hat Recht, ich werde die Frage nicht auch noch einmal vorlesen. Viele sind sicher schon dort vorbeigekommen und es ist einfach eine grosse Sauerei. Was mich zusätzlich, das steht da nicht drin, irgendwie belastet hat, ist, dass es Gärten von alten Leuten waren, die aufgehoben wurden. Diese haben sich nachher sicher nicht noch einmal einen Garten genommen. Sie hätten einen ganzen schönen Sommer noch gehabt, in dem sie hätten weiterarbeiten können, oder sogar zwei, mittlerweile schon. Es ist mir klar, dass dies eine private Sache ist. Aber ich wünschte mir, dass wenn der Gemeinderat oder die Gemeinde davon erfahren, dass ein solches Grundstück verkauft wird, dass man doch irgendwo Kontakt aufnehmen kann und darauf hinweist, dass man es vorsichtig angehen soll, gerade bei so Gärten, die Leute so lange wie möglich drin belässt. Abgeräumt ist es schnell. Zudem ist die Sauerei jetzt unmöglich. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Herr Cedric Roos.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Franziska Pausa. Es freut mich, dass auch ihr für etwas Ordnung schauen wollt. Es ist wirklich unerträglich. Die Gemeinde spricht immer von Standortmarketing und Standortattraktivität, und dann einfach einen solchen Schandfleck in Allschwil brach liegen lassen. Das versteht niemand.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich habe das selbst auch gesehen, es ist eine sehr unschöne Situation, und das Littering-Problem betrifft Allschwil wirklich sehr stark. Weil, und das hat die Fragenstellerin schon beantwortet, es sich um eine Privatparzelle handelt, kann die Gemeinde keinen Einfluss ausüben. Das heisst, die Eigentümerschaft ist in der Pflicht, das Areal zu räumen und wieder sauber zu halten. Also kann man sagen, es ist nicht unsere Aufgaben, dort für Ordnung zu sorgen.

Frage 2, welche Handhabung wir für ungepflegte Flächen haben. Die haben wir nur, wenn Leben und Leib bedroht sind, wenn ein Sicherheitsrisiko besteht. Und das ist ja auf diesem Grundstück, von mir aus gesehen, nicht der Fall.

Zur Frage 3, warum werden in Allschwil die Familiengärten geopfert und dann nicht überbaut. Das hat einen einfachen Grund. Die Firma, die dort das Bauvorhaben geplant hatte, musste das Projekt aus wirtschaftlichen Gründen zurückstellen. Und deshalb ist die Parzelle bis heute noch nicht überbaut. Wir gehen aber davon aus, dass diese in relativ rascher Kürze überbaut wird, so, dass wir sicher bald ein Baugesuch auf dem Tisch haben werden. Und dann wird die Sache sich automatisch aufheben.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Also so wie ich es verstanden habe, ist es so, dass die Gemeinde bis jetzt noch keinen Kontakt zu dieser Firma aufgenommen hat, und gesagt hat, es wäre schön, wenn ihr aufräumen würdet. Ich denke, das sollte möglich sein. Das ist kein Befehl, sondern mehr ein Daraufhinweisen, dass es eine Schweinerei ist. Natürlich ist es Pech, wenn die gerade kein Geld hatten zum Bauen. Nichts desto trotz darf man auch vor einem Verkauf darauf hinweisen, gerade bei solchen Arealen, um es noch einmal zu sagen, dass man vorsichtig vorgeht und die Leute nicht schon hinausschmeisst, bevor man weiss, was Sache ist. Danke schön.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Frage 5., Susanne Studer. Diese ist korrespondierend mit der Frage 1. von Cedric Gross. Frau Studer.

Frage 5, Susanne Studer, parteilos:

Geschätzter Präsident, ich wiederhole die Frage auch nicht. Ich bin gespannt auf die Antwort. Merci.

Cedric Roos, SVP: Meine Ergänzungen können Sie auf dem Papier lesen.

Armin Bieri, Präsident: Da darf ich Herrn Thomas Pfaff das Wort geben.

Gemeinderat Thomas Pfaff: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Aus den Medien konnten Sie entnehmen, dass die SBB und der Verband des öffentlichen Verkehrs angekündigt haben, per Fahrplanwechsell im Dezember 2010 erstens den empfohlenen Verkaufspreis von CHF 35.- auf CHF 39.- anzuheben. Entsprechend steigt natürlich auch der Preis, für den sie es uns verkaufen, und zweitens, die Gültigkeit dahingehend einzuschränken, dass die Gemeindetageskarte erst ab 09.00 Uhr gültig sein wird. Der Preisaufschlag ist zwar zu bedauern, aber er ist begründet und in einem akzeptablen Rahmen. Die Einschränkung der Gültigkeitsdauer ist hingegen stossend. Gerade als Gemeinde an der Peripherie unserer Schweiz, ist eine Tageskarte, die erst ab 09.00 Uhr morgens gültig ist, eine massive Einschränkung für den möglichen Aktionsradius eines Tagesausflugs, den man morgens in Allschwil beginnt und auch wieder zurückkommen möchte. Wir gehen davon aus, dass die Nachfrage darum stark sinken wird. Aus dem Grund nimmt der Gemeinderat Abstand von einer weiteren Erhöhung der Anzahl Tageskarten, obwohl, wenn man es heute betrachtet, die Auslastung der bestehenden 5 Sets sehr gross ist, und man durchaus eine Erweiterung in Betracht ziehen könnte, bliebe das Angebot so bestehen. Man verpflichtet sich bei einem solchen Set aber immer für ein Jahr und darum können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr erhöhen, wenn wir damit rechnen müssen, dass wir ab Dezember dann darauf sitzen bleiben. Der Gemeinderat wird dem Verband des öffentlichen Verkehrs und den SBB, als grösstem Vertreter dieses Verbands, seine Bedenken mitteilen, und sie auffordern, von der Einschränkung der Gültigkeitsdauer abzusehen. Dieses Schreiben wird wegen Ferien- und Krankheitsausfällen in meinem Departement erst noch erfolgen. Es wäre bereits geplant gewesen, ist jetzt aber etwas in Rückstand geraten. Aber die betroffenen Empfänger werden sich sicher auch im März über dieses Schreiben freuen.

Armin Bieri, Präsident: Ist die Antwort befriedigend? Dann kommen wir zur Frage 6 von René Imhof.

Frage 6, René Imhof, SVP-Fraktion:

Da geht es eigentlich um das Baugesuch, wie es aufgeführt ist. Ich möchte auch da nicht näher darauf eingehen, jedoch hat es eine Vorgeschichte. Da haben rund 300 Leute eine Petition unterschrieben, die sich dagegen wehren. Es beeinträchtigt das Quartierbild, das Flachdach fügt sich nicht ein, ein Stahl-Beton-Glas-Bau stellt einen Fremdkörper dar, usw. Es gab sogar vor rund einem Jahr eine ganzseitige Annonce im Allschwiler Wochenblatt. Dem gegenüber, und das wundert mich schon, denn da schaut man nicht auf die Umgebung und wie es aussieht, schikaniert man auf der anderen Seite einen Familienvater, der für seine Kinder die „Bounty“, das Schiffchen, gebaut hat. Ich als Knabe wäre froh gewesen, ich hätte einen Vater gehabt, das so etwas für mich gebaut hätte, wo ich hätte spielen können, anstatt auf der Strasse herumzulungern. Irgendwie passt das einfach nicht zusammen. Und das ist eigentlich meine Frage, warum das bewilligt wird.

Armin Bieri, Präsident: Da, nehme ich an, darf ich Herrn Christoph Morat das Wort geben.

Gemeinderat Christoph Morat: Danke für die Möglichkeit, dass ich heute Abend wieder etwas über das Zonenreglement „Siedlung“ sagen darf. Herr Imhof hat die Frage gestellt, warum das Mehrfamilienhaus, es handelt sich um die Fläche bei der Tramstation Ziegelei, Fahrtrichtung Allschwil Dorf auf der rechten Seite, bewilligt wurde. Dem Gemeinderat ist nicht bekannt, dass dort etwas bewilligt worden ist. Das Projekt dort wurde am 4. 8. 2003 eingereicht. Neben den öffentlichen, hat es auch private Einsprachen gegeben und die sind im normalen Verlauf eines solchen Verfahrens bis vor Bundesgericht gezogen worden, von einem privaten Einsprecher. Am 1. Juni 2006 ist ein überarbeitetes Projekt eingereicht

worden. Am 14. November 2007 hat der Einwohnerrat hier das Zonenreglement „Siedlung“ beschlossen. Dieses wurde am 21. 10. 2008 vom Regierungsrat Baselland genehmigt. Auch gegen das Zonenreglement „Siedlung“ hat der gleiche Einsprecher wieder Beschwerde erhoben. Diese wurde am 23. 9. 2009 vom Kantonsgericht, Abteilung Verwaltungsrecht, vollumfänglich abgewiesen. Es ist also nicht so, dass irgend etwas bewilligt wurde, sondern die Einsprache, respektive die Beschwerde von einem privaten Einsprecher gegen ein Bauprojekt, ist gegen das Zonenreglement gerichtet worden, und wurde vollumfänglich abgewiesen. Im Urteil hat sich das Kantonsgericht auch zum Gutachten Birkner geäußert, das der Fragensteller ja hier auch noch aufgeführt hat. Das Kantonsgericht hat das genau so wie der Gemeinderat und der Regierungsrat Baselland als nicht relevant taxiert. Relevant hingegen ist das BIB, das Bauinventar Baselland. Dort sind die ganze Häuserzeile und das ganze Ensemble als nicht schutzwürdig erwiesen worden. Die Frist zum Weiterzug des Kantonsgerichtsurteils wurde nicht genutzt, somit ist es rechtskräftig. Damit ist der Weg frei für ein neues Projekt. Warum Herr Imhof weiss, dass dieses schon bewilligt wurde, obschon es noch nicht eingereicht ist, ist dem Gemeinderat schleierhaft.

Armin Bieri, Präsident: Herr Imhof, zufrieden mit der Antwort? - Gut, dann kommen wir zum Blatt 2, Frage 2. Von Cedric Roos.

Frage 2, Cedric Roos, SVP-Fraktion:

Die Frage ist geschrieben und kann direkt beantwortet werden.

Armin Bieri, Präsident: Ich nehme an, das ist Robert Vogt.

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Da ich von dieser Frage überrascht wurde, kann ich leider nicht viel antworten. Ich nehme an, dass es eine Uhr der BVB sein wird und auf jeden Fall nicht von der Gemeinde Allschwil. Und ich werde mich darum kümmern, dass künftig die richtige Uhrzeit abgelesen werden kann. Aber mehr kann ich leider im Moment auch nicht sagen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Kommen wir zur Frage 3 von Cedric Roos.

Frage 3

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Die Gemeinde Allschwil hat mit der Teletextseite 511 von Telebasel nichts zu tun. Telebasel bekommt unsere normalen Medienmitteilungen, wie alle andern Medien der Region auch. Auf Grund dieser Medienmitteilungen füllen sie dann ihre eigenen Ausgaben, zum Beispiel die Teletextseite 511. Da ich aber ja von Zeit zu Zeit dort im Stiftungsrat bin, werde ich vielleicht darauf hinweisen, dass die Teletextseite 511 aktualisiert werden sollte.

Armin Bieri, Präsident: Dann noch die Frage 4. von Cedric Roos an Robert Vogt.

Frage 4

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es handelt sich um den Brunnen unmittelbar neben dem Restaurant Mühle in Allschwil. Dieser wurde entfernt, weil er einer gesamthaften Erneuerung unterzogen wird. Der Brunnen ist ziemlich kaputt, abgenutzt und alt und wird jetzt aufgefrischt. Nach der Erneuerung kommt er an denselben Standort zurück.

Armin Bieri, Präsident: Dann sind wir fertig mit den schriftlichen Fragen. Gibt es noch mündliche Fragen? – Herr Imber.

Mündliche Frage 1, Siro Imber, FDP-Fraktion:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich wurde informiert, dass es evt. passiert sei, dass ein Gemeindebriefkasten mit Wahlunterlagen aufgebrochen wurde. Kann das sein und ist vielleicht. etwas verloren gegangen?

Armin Bieri, Präsident: Herr Pfaff.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Ich beantworte die Frage gerne. Der Gemeindebriefkasten bei der Migros Paradies wurde aus der Verankerung gerissen. Entdeckt wurde dies von einer Patrouille der Kantonspolizei. Diese hat den Briefkasten geschnappt, ihn zu sich in Verwahrung genommen und ihn nach dem Wochenende bei der Gemeinde abgeliefert. Es zeigte sich, dass der Briefkasten einfach aus der Verankerung gerissen wurde, der Briefkasten an sich aber intakt war. Er war auch noch mit der üblichen Menge gefüllt, die man bei einem solchen Wochenende erwarten kann. Von daher gehen wir davon aus, dass vom Inhalt nichts entwendet wurde, sondern es lediglich darum ging, dass er in einem Vandalenakt umgerissen wurde. In der Zwischenzeit haben wir ihn neu und noch besser montiert. Er freut sich jetzt auf weitere Stimmrechtsausweise bis Samstagabend um 17.00 Uhr.

Armin Bieri, Präsident: Ist die Antwort befriedigend? - Noch Herr Imhof.

Mündliche Frage 2, **René Imhof**, SVP-Fraktion:

Da geht es um etwas anderes. Meine Frage lautet: Unterstützt der Gemeinderat das Tagesheim „Gumpi“ finanziell? Ich möchte den Hintergrund der Frage erläutern. Ich wohne in diesem Haus. Vorher war da ein Tagesheim da, welches ausgezogen ist. Die sanitären Anlagen, ich war damals im Stiftungsrat, waren extrem gut, da z. T. neu. Also WC, Duschen, usw. Es gab zudem auch eine ganz neue Küche mit Glaskeramik und Geschirrwashmaschine darin, alles sehr gut Schall- und Thermikisoliert. Das hat die Vermieterin, die Limit, alles herausgerissen und beim Einzug des neuen Tagesheims wieder neu eingebaut. Das bedeutet, dass die einen extrem hohen Zins haben. Und ich bin nicht bereit, Steuergelder einzusetzen für eine Limit oder eine Swiss Live.

Armin Bieri, Präsident: Herr Imhof.

Mündliche Frage 3, **René Imhof**, SVP-Fraktion:

Hier geht es um etwas anderes. Tut der Gemeinderat das Tagesheim Gumpi finanziell unterstützen? Ich erläutere den Hintergrund dieser Frage. Ich wohne in diesem Haus und vorher war ein Tagesheim dort drin, das ausgezogen ist. Die sanitären Anlagen waren extrem gut und teilweise neu, WC, Dusche usw. Zudem war auch eine völlig neue Küche mit Glaskeramik und Geschirrwashmaschine drin, alles sehr gut schall- und thermikisoliert. Der Vermieter, Limit, hat alles herausgerissen und beim neuen Tagesheim wieder alles neu eingebaut. Das heisst, dass diese einen extrem hohen Zins haben. Ich bin nicht bereit, Steuergelder für Livit oder Swisslife einzusetzen.

Gemeinderat Arnold Julier: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, lieber René Imhof. Ich darf darauf hinweisen, dass wir Anfang letzten Jahres die Tageselternverein-Leistungsvereinbarung hier besprochen haben, dort ist es genau geregelt. Das heisst, die Gumpi wird über den Sozialschlüssel des Tageselternvereins subventioniert, die bezahlen nicht mehr. Wenn deine Frau ein Kind hat, bezahlt sie CHF 11.- in der Stunde und Gumpi darf auch nur CHF 11.- verrechnen. Auf dieser Basis von CHF 11.- bezahlt man die Subvention. Es spielt keine Rolle, ob sie einen Luxusbau oder einen einfachen Bau haben. Er muss regelkonform sein und vom Kanton abgenommen. Wenn sie einen Luxusvariante haben, ist es ihr Problem, nicht unseres. Es kostet die Gemeinde nicht mehr.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Fragen? - Herr Benz.

Mündliche Frage 3, **Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion:

Ich habe eine Frage, die mir zu den Gemeinderatswahlen aufgefallen ist. Steht es einem Gemeinderatskandidaten zu, den ledigen Namen seiner Frau hinter seinen zu stellen oder nicht? Der ledige Namen meiner Frau gehört ja nicht zu mir. Ich heisse immer noch Benz. Den Bindestrich gibt es nicht, hat man mir gesagt. Und Scheurer heisse ich nicht, so hiess meine Frau. Da habe ich Bedenken und möchte hören, wie es aussieht.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wir haben uns mit dem Problem so ehrlich gesagt noch nie befasst, vielleicht Herr Bammatter, ich weiss es nicht. Ich denke, Urs Wüthrich-Pelloli tritt auch immer als Wüthrich-Pelloli auf und hatte damit noch nie Probleme. Aber ich erörtere dies gerne einmal mit ihm, ob er auf Pelloli verzichten möchte. Ich kann es jetzt nicht beantworten.

Armin Bieri, Präsident: Herr Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Nur eine kurze Stellungnahme, die mit meinem Schwager zwar nicht abgesprochen ist, aber es stört mich nicht.

Armin Bieri, Präsident: Herr Wolf.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Danke. Nur kurz zur Klärung, der zweite Nachname hinter dem Bindestrich ist der sogenannte Allianzname. Dies ist kein amtlicher Name, aber jeder darf ihn verwenden.

Armin Bieri, Präsident: Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Wenn alle gerade so viel erzählen, erzähle ich auch noch etwas. Bei mir ist er gegen meinen Willen amtlich. Ich wollte ihn nicht, aber das Zivilstandesamt hat ihn einfach geschrieben und seither werde ich so geschrieben. Ich habe mir erlaubt, den Mädchennamen meiner Frau nicht auf das Wahlplakat zu schreiben.

Armin Bieri, Präsident: Ich glaube, es gibt keine weiteren Fragen mehr. Dann gehen wir weiter mit unserer Traktandenliste.

514 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Beantwortung des Gemeinderates vom 06.01.2010 zur Interpellation von Josua M. Studer vom 14.12.2009 betreffend Zusammensetzung der Busseneinnahmen
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3912 / A

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zum Traktandum 8, Bericht des Gemeinderates vom 16.01.2010 zur Interpellation von Josua Studer vom 14.12.2009 betreffend Zusammensetzung der Busseneinnahmen. Ich frage den Rat, ob das Eintreten bestritten ist? - Nein, dann findet die Beratung statt.

Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Die Antwort auf die sieben Fragen liegt Ihnen schriftlich vor, ich muss im Detail nicht mehr darauf eingehen. Ich hoffe, die Antwort trägt dazu bei, zu verstehen, dass die Busseneinnahmen die Folge einer konzeptionellen Kontroll- und Patrouillentätigkeit sind. Die jährliche Budgetierung der Busseneinnahmen richtet sich einzig nach dem bisherigen Erfahrungswert. Die Gemeindepolizei ist in keiner Weise an diese Budgetposition gebunden, dass sie irgendeinen Wert erreichen soll.

Josua Studer, parteilos: Danke Herr Präsident. Werter Gemeinderat Thomas Pfaff, ich bedanke mich herzlich für die ausführliche Beantwortung meiner Anfrage. Aus diesen Zahlen und dieser Auflistung kann man klar ersehen, dass die Polizei keine Wegelagerer sind in Allschwil. Besten Dank.

Armin Bieri, Präsident: Wir beraten Abschnittsweise, der 2. Vizepräsident führt das durch.

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Antwort vom Gemeinderat

Keine Wortmeldung

://:

Die Interpellation wird beantwortet und als erledigt abgeschrieben.

515 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Motion von Josua M. Studer vom 13.09.2009 betreffend Dynamische Fahrgastinformation der BVB

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3889

Armin Bieri, Präsident: Damit kommen wir zum Traktandum 9, Motion Josua Studer vom 13.09.2009 betreffend dynamische Fahrgastinformation der BVB, Antrag vom Gemeinderat: Entgegennahme. Die Geschäftsvertretung ist Robert Vogt.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau - Umwelt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Es ist sehr wichtig, dass ich Ihnen heute anbieten kann, dass wir dies gerne als Postulat entgegennehmen würden. Der Grund ist der, weil die Fahrgastinformationen voll im Verantwortungsbereich des Kantons liegen. Der Kanton lässt dies bei der BVB ausrüsten, falls dies gemacht würde. Deswegen liegt es nicht in der Kompetenz der Gemeinde Allschwil. Weil eine Fahrgastinformation eine sehr tolle Einrichtung ist, sind wir gerne dazu bereit. Der Gemeinderat möchte es gerne als Postulat entgegennehmen.

Armin Bieri, Präsident: Die Frage geht an den Motionär.

Josua Studer, parteilos: Danke Herr Präsident für das Wort. Ich habe die Informationen von Seiten der BVB erhalten, von der Abteilung, die das plant, dass die Gemeinde einbezogen werden muss und nicht der Kanton. Deshalb habe ich mir erlaubt, eine Motion einzureichen. Ich bin davon ausgegangen, dass es sehr wahrscheinlich den Wunsch nach einer Wandlung in ein Postulat geben wird. Ich bin dazu selbstverständlich bereit und ich bedanke mich, dass der Gemeinderat es entgegennehmen möchte.

Armin Bieri, Präsident: Dann ist das jetzt keine Motion mehr, sondern ein Postulat. Da der Gemeinderat bereit ist, dies entgegenzunehmen, braucht es keine Abstimmung, ausser es kommt ein Gegenantrag. - Dies ist nicht der Fall.

516 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 17.12.2009 betreffend Kreuzung Marsstrasse / Baselmattweg

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3919

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu Traktandum 10, Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 17.12.2009 betreffend Kreuzung Marsstrasse / Baselmattweg. Antrag vom Gemeinderat: Nichtentgegennahme. Der Sprecher des Gemeinderats ist Thomas Pfaff.

Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Anlässlich der Behandlung des Postulats Josua Studer betreffend genereller Überprüfung von den Stoppstrassen, habe ich darauf hingewiesen, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner die Möglichkeit hat, punktuell Vorschläge zu Vortrittsregelungen oder Markierungen bei der Gepo einzureichen, schriftlich oder per E-Mail. Dies mit einem Postulat zu machen, ist der falsche Weg. Es bedeutet, dass es zusätzlich hier drin behandelt werden muss anlässlich der Überweisung, an der wir jetzt sind. Nachher muss auch noch ein Schlussbericht verfasst werden. Der richtige Weg ist die Einreichung bei der Gemeindepolizei. Diese prüft das zusammen mit dem Tiefbau, gibt es in die kantonale Prüfung, und wenn das Ganze eine gute Idee ist, dann wird es auch gerade umgesetzt. Derjenige, der es eingereicht hat, bekommt in jedem Fall eine Antwort. Dies ist der Grund, weshalb wir das Postulat nicht entgegennehmen möchten, weil es der falsche Weg ist. Selbstverständlich haben wir nicht länger zugewartet und haben es behandelt, als sei es normal hineingekommen. Wir sind mitten in der Bearbeitung, ich berichte kurz darüber. Die kantonale Prüfung ist erfolgt. Es ist richtig, den Stopp kann man aufheben und ersetzen durch einen Rechtsvortritt. Es ist vorgesehen entsprechend die Rechtsvortritt-Bodenmarkierung zu machen, wie Sie es auf dem Bild sehen von diesem Postulat. Man hat noch zwei weitere Kreuzungen angeschaut in diesem Abschnitt Baselmattweg. Auch bei zwei weiteren Kreuzungen möchte man den Stopp aufheben an der Seitenstrasse, die in den Baselmattweg mündet. Dort ist kein Rechtsvortritt möglich, weil die Sicht zu wenig gut ist für einen Rechtsvortritt, aber genügend für "kein Vortritt". Ich darf ankünden, dass dies nächstens im Amtsblatt publiziert wird, und wenn es dort keine Einsprüche gibt, dann vollzogen wird. Es wird bis circa Mitte Jahr vollzogen sein. Soviel zum Inhaltlichen, wir haben bereits gearbeitet. Das Postulat ist für einen solchen Vorstoss der falsche Weg. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat für Nichtüberweisung.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich kann es kurz machen. Ich danke für die unbürokratische Lösung, dass ihr so getan habt, als wäre es zuerst bei euch gelandet. Ich ziehe das Postulat zurück, das macht Sinn, und werde in Zukunft den vorgeschlagenen Weg wählen. Ich freue mich darüber, was kommt, und ich freue mich, dass viele Einwohnerräte den Stopp nicht mehr missachten müssen, sondern einfach geradeaus fahren dürfen, wie es alle gerne würden.

Armin Bieri, Präsident: Damit wären wir mit einem positiven Ergebnis am Ende von dieser Einwohnerratssitzung. Es ist 20.20 Uhr, so früh haben wir es noch nie geschafft. Ich glaube, es freuen sich alle, etwas trinken zu gehen oder den Fussballmatch zu schauen. Ich wünsche allen einen schönen Abend und bis am 24. März.

ENDE DER SITZUNG